Begründung

Gemäß § 78 Abs. 1 GO i.V.m. § 63 LkrO wurde die Haushaltssatzung mit ihren Anlagen vom Kämmerer aufgestellt und vom Landrat festgestellt.

Nach § 74 Abs. 3 GO muss der Haushalt in jedem Haushaltsjahr unter Berücksichtigung der Fehlbeträge aus den Vorjahren ausgeglichen sein. Kann der Haushaltsausgleich nicht erreicht werden, so ist nach § 74 Abs. 4 ein Haushaltssicherungskonzept aufzustellen. In diesem Konzept ist der Zeitraum zu beschreiben, in dem der Haushaltsausgleich wieder erreicht werden kann. Dafür sind im Konzept geeignete Maßnahmen darzustellen.

Haushaltslage

Der Haushalt 2003 weist einschließlich der Fehlbeträge aus Vorjahren einen Fehlbetrag von 28,3 Mio. € aus. Für das Haushaltsjahr 2003 wird mit einem Fehlbetrag von 8,9 Mio. € gerechnet. Die Höhe der Fehlbeträge aus Vorjahren beträgt 19,4 Mio. €.

Die Einnahmen des Verwaltungshaushaltes betragen 2003 149.020.600 € und die Ausgaben sind mit 177.321.500 € veranschlagt. Der Vermögenshaushalt ist mit 26.770.100 € ausgeglichen. Das Haushaltsvolumen ist damit ausgabenseitig insgesamt um 44,8 Mio. € angewachsen.

Hauptgrund dafür liegt in erster Linie in gestiegenen Ausgaben im Einzelplan 4 – Soziale Sicherung. Ein großer Teil der Ausgabensteigerung geht dort zu Lasten des Grundsicherungsgesetzes. So fallen dort Ausgaben von 4,8 Mio. € an und im Zuschuss muss der Landkreis für die Grundsicherung mit 4,5 Mio. € rechnen.

Weitere Ausgabepositionen, die 2003 den Haushalt stärker belasten, sind der Schullastenausgleich (+ 0,5 Mio. €), Bewirtschaftung Grundstücke und Gebäude (+ 0,24 Mio. €), Miete (+ 0,1 Mio. €). Auch die Personalkosten steigen um 1,4 Mio. €, davon entfallen aber 0,6 Mio. € auf den Deponiebetrieb. Die Personalkosten des Regiebetriebes sind haushaltsneutral, weil die Finanzierung dieses Betriebes über Gebühren erfolgt.

Schlüsselzuweisung

Der Landkreis erhält für das Haushaltsjahr 2003 Schlüsselzuweisung von 24,5 Mio. €. Das sind 1,2 Mio. € weniger als 2002. Gegenüber den Orientierungsdaten für die Finanzplanung und dem Haushaltssicherungskonzept 2001 – 2005 reduziert sich die Zuweisung sogar um einen Betrag von 2,4 Mio. €. Diese Entwicklung ist eine denkbar schlechte Ausgangssituation für die geforderte Haushaltskonsolidierung innerhalb des Finanzplanungszeitraumes bis 2006.

Kreisumlage

Da die Umlagegrundlagen bei den Gemeinden 2003 geringer ausfallen als in diesem Jahr, verbleibt auch bei dieser wichtigen Einnahmequelle am Ende ein Minus von 0,3 Mio. € Zur prognostizierten Kreisumlage im Haushaltssicherungskonzept auf der Grundlage der Orientierungsdaten des Landes erhöht sich die Minusdifferenz auf 0,9 Mio. €

Stellenplan, Personalkosten

Der Stellenplan weist 825,5 Stellen für Beamte, Angestellte und Arbeiter aus, das sind 46,5 Stellen mehr als im Jahr 2002 (779 Stellen).

Diese Erhöhung liegt u.a. an der geänderten Stellenplanverordnung (34 Stellen für Tierärzte, die mit der Kreisverwaltung einen Arbeitsvertrag auf Basis von Stückvergütungen haben).

Weitere Ursachen sind:

- 20 Stellen wurden durch die Auflösung des Eigenbetriebes neu mit aufgenommen.
- 6 Stellen wurden eingerichtet für die übertragene Aufgabe der Grundsicherung,
- 5 Stellen mussten durch die Übernahme der Schule Lübbenow eingerichtet werden.
- 1 zusätzliche Stelle wurde für den Empfang im Haus der Wirtschaft benötigt.
- 1 zusätzliche Stelle im Bereich der UVG bis zum 31.12.07.

Personalkosten wurden 2003 mit 32 Mio. € veranschlagt.

Vermögenshaushalt

Der Vermögenshaushalt ist 26.770.100 € ausgeglichen. An allgemeinen investiven Mitteln stehen dem Landkreis 9 Mio. € aus der Investitionspauschale zur Verfügung. Von dieser Summe reicht der Landkreis 4,8 Mio. € über die Prioritätenliste an die Städte und Gemeinden aus. Für eigene Investitionen verbleiben damit 1,6 Mio. € weniger als im Jahre 2002.

Investitionsschwerpunkte werden im Jahre 2003 die Radwege, Kreisstrassen und die Gesamtschule "Talsand" in Schwedt/Oder sein.

Haushaltssicherungskonzept

Das Haushaltssicherungskonzept sieht den Haushaltsausgleich erst für das Haushaltsjahr 2010 vor. In der Fortschreibung des Konzeptes 2001 – 2005 sind insgesamt 39 Einzelmaßnahmen vorgesehen.

Um den Haushaltsausgleich 2010 erreichen zu können, müssen aber bestimmte Bedingungen auch auf der Einnahmeseite erfüllt sein. So ist notwendig, dass die Ausfinanzierung des Finanzausgleichgesetzes spätestens ab 2004 erfolgt.

Durch das zu erwartende Finanzausgleichgesetz sollen die Finanzzuweisungen flexibler einsetzbar sein. In den kommenden Jahren ist deshalb mit einer Reduzierung der Investitionen zu Gunsten des Verwaltungshaushaltes zu rechnen, um den Haushaltsausgleich schnellstmöglich zu erreichen.